

Tschechisch-deutsche Partnerschaft und ihr Einfluss auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Der Artikel kehrt noch einmal zu den Umfragen zurück, welche zu den Ansichten über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit deutschen Partnern und über die Folgen des tschechischen Beitritts zur Europäischen Union bei den lokalen Eliten der Euroregion Nisa/Neisse durchgeführt wurden. Die lokalen Eliten sind sich hinsichtlich der Möglichkeiten einer weiteren Entwicklung der tschechisch-deutschen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mehrheitlich darin einig, dass eine intensivere lokale Zusammenarbeit zwischen den Bürgern auf der tschechischen Seite, den tschechischen Gemeinden, den lokalen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen wünschenswert ist. Fast die Hälfte der Befragten hält die Zusammenarbeit im Rahmen der lokalen Partner im Bezug auf die Ergebnisse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für notwendig und weitere 50% erkennen an, dass sie nützlich wäre. Besonders die erste Feststellung ist von Bedeutung: man verspricht sich von der Zusammenarbeit auf der tschechischen Seite, in den grenznahen Kommunitäten, großen Nutzen.

Wir betrachten diese Frage als eine der grundlegenden Bedingungen für die weitere dynamische Entwicklung der „grenzüberschreitenden Politik“ auf der lokalen Ebene. Die Frage zielt nämlich auf die Grundlage des Konzepts der lokalen Intersektor-Partnerschaften ab, d.h. der freiwilligen langfristigen Zusammenarbeit der lokalen Angehörigen des öffentlichen Dienstes und der unternehmerischen und nichtunternehmerischen Personen (sog. nichtstaatlichen Organisationen). Die Partnerschaft verfügt über ein markantes Entwicklungspotential, denn sie verbessert die Möglichkeiten der lokalen Kommunen, setzt das Risiko der einzelnen Teilnehmer herab und erzielt Synergieeffekte. Außerdem werden die Partnerschaften von der Europäischen Union und ihren finanziellen Quellen unterstützt.

Die lokalen Intersektor-Partnerschaften des öffentlichen Interesses stellen eine langfristige, für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit der lokalen Subjekte (Organisationen und Bürger) dar mit einem gemeinsamen und gemeinnützigen Ziel. In Tschechien entstehen sie langsam und mit Schwierigkeiten, welche vor allem in den folgenden Umständen zum Ausdruck kommen:

- die traditionell dominante Stellung des öffentlichen Dienstes in den Kommunitäten (einschließlich der Überreste des Einflusses des sozialistischen Staates),
- das niedrige Selbstvertrauen der lokalen Eliten und wahrscheinlich auch ein niedriges gegenseitiges Vertrauen zwischen den An-

gehörigen der lokalen Eliten (wenig Neigung zur Zusammenarbeit),

- Unterentwicklung der Mittelklasse und vor allem des Kleinunternehmertums,
- durch die Medien geprägte verdächtigende Haltung der Bürger gegenüber den Initiativen von handlungsfähigen Personen,
- eine mangelnde Philanthropie in unserer Gesellschaft (im Sinne der uneigennütigen Investitionen für eine gemeinsame Sache).

Die charakteristischen Merkmale der Partnerschaften sind:

- der gegenseitige Vorteil der Zusammenarbeit
- gemeinsame Ziele der Partner (oft in einem gemeinsamen Programm formuliert)
- Langfristigkeit der Beziehung
- volle Akzeptanz der Inhalte und der Form der Zusammenarbeit von allen Partnern
- Notwendigkeit und Ausgewogenheit (jeder Partner trägt etwas dazu bei, was sonst fehlen würde, ohne das man das Ergebnis nicht erzielen könnte)
- Synergieeffekt, d.h. dass die gesamten positiven Auswirkungen für das gegebene Gebiet größer sind als die Gesamtzahl der Effekte, welche die einzelnen Mitglieder der Kooperation allein erreichen könnten.

In diesem Sinne gibt es aber weniger Partnerschaften, als dass sie sich selbst so deklarieren (was nicht nur für diese Erhebung gilt).

Aussichtsreich hinsichtlich der Partnerschaften sind die sog. Gruppen für lokale Veranstaltungen/local action groups, welche eine Gemeinschaft von Vertretern der Selbstverwaltung, den lokalen Betrieben und Unternehmen, den Nichtregierungsorganisationen und verschiedenen Bildungs-, Forschungs- und Serviceinstitutionen bilden und sich gemeinsam um die Entwicklung der Kommunität oder einer größeren Region mit gemeinsamen oder zumindest gegenseitig koordinierten Veranstaltungen bemühen. Das beste Beispiel dafür sind die Gruppen, die im Rahmen der Initiative EU LEADER entstanden sind.

Die lokalen Partnerschaften entwickelten sich oft unter dem Einfluss einer führenden Persönlichkeit in der Kommunität, die oft Angehöriger von zwei Segmenten der lokalen Eliten ist, zum Beispiel des politischen und unternehmerischen. Größere Probleme entstehen beim Versuch, eine gut funktionierende Partnerschaft auf einer höheren als der lokalen Ebene, zum Beispiel im Rahmen der Mikroregionen, aufzubauen. Auf dem Gebiet, wo diese Erhebung durchgeführt wurde, befinden sich auch Regionen mit unterschiedlicher Entwicklung:

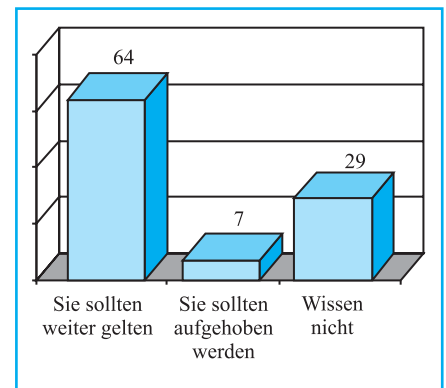
- Im Zipfel von Šluknov (18 Gemeinden, 54 500 Einwohner) begannen sich bereits seit der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre mit

HAUPTTHEMEN IN DIESER AUSGABE

- Tschechisch-Deutsche Partnerschaft auf lokaler Ebene im erweiterten Europa
- Dekrete des Präsidenten Beneš und Abschiebung in der tschechischen öffentlichen Meinung
- Kollektives Gedächtnis
- Tschechische Politik gegenüber Deutschland zwischen Aktivismus und Defensive
- Wahrnehmung der Grenze bei den Bewohnern der Grenzgebiete
- Buchbesprechung: Die Zweite Republik
- Mitgliedschaft in EU und NATO in den Ansichten der Bürger Mitteleuropas
- Unbequeme Vergangenheit: Deutsche Studenten zu ihrer Vergangenheit
- Lokale Eliten zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Bayern und Sachsen

- Dekrete des Präsidenten Beneš und tschechische Öffentlichkeit
Artikel in der Ausgabe

Grafik 1: Ansichten über die Gültigkeit der Dekrete (in %)



Quelle: Erhebung des CVVM im Rahmen des Projekts *Unsere Gesellschaft*, 14. – 21. 2. 2005.

Das Zentrum für die Erforschung der öffentlichen Meinung des Soziologischen Instituts der Tschechischen Akademie der Wissenschaften widmet sich regelmäßig aktuellen Themen in historischen Zusammenhängen. Die Erhebung zu Ansichten der Öffentlichkeit im Februar 2005 konzentrierte sich auf die Reflexion der Abschiebung der Sudetendeutschen aus der Nachkriegstschecoslowakei und auf die Ansichten zur Gültigkeit der Dekrete des Staatspräsidenten E. Beneš.

starker Unterstützung der Gemeinden einige lokale, im Bereich des Fremverkehrs tätige Unternehmen zu vereinigen; trotz evidenter Ergebnisse (Projekt der Grundherrschaft von Tolštejn, das im Jahre 2004 nach Deutschland erweitert wurde) kann man bis jetzt noch nicht über eine gut funktionierende Partnerschaft im oben erwähnten Sinne sprechen,

b) In der Region Podralsko (14 Gemeinden, 33 000 Einwohner) hat man 2002 mit Unterstützung eines externen Beraters mit der Vorbereitung des Programms LEADER angefangen; es entstand eine Gruppe für lokale Veranstaltungen, das Sagen hatten jedoch die Bürgermeister der Gemeinden, welche diese Partnerschaft nicht über die Grenzen des Profits der einzelnen Gemeinden und der Pflege um das Gemeindeeigentum entwickelt haben.

Die Ergebnisse der Untersuchungen deuten an, dass die Perspektive der lokalen Partnerschaft weiterhin von der Existenz eines führenden Subjekts und seiner Initiative (Bürgermeister, Berateragentur usw.) abhängt, wie auch davon, ob die Repräsentanten der Gemeinden die Zusammenarbeit mit weiteren lokalen Subjekten unterstützen und diese zielbewusst entwickeln. Am weitesten ist man in den Gemeinden, welche „Freundschaften“ und „Partnerschaften“ mit einer unweit liegenden Gemeinde geknüpft haben.³

Als notwendig für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit werden die lokalen Partnerschaften von Bürgern mit vielen grenzübergreifenden Kontakten und von liberalen Wählern betrachtet. Für nützlich werden die Partnerschaften von Angehörigen der politischen lokalen Eliten und von linksorientierten Wählern gehalten.

Erwartungen und Folgen des Beitritts Tschechiens zur EU

Nach einer Mehrheit der Befragten gewinnt die Tschechische Republik mit dem Beitritt zur Union finanzielle Unterstützung für die ökonomische Entwicklung aus den EU-Fonds wie auch neue Märkte für den Absatz der Produkte. Gleichzeitig erwartet eine große Mehrheit (90%) jedoch, dass mit dem Beitritt zur EU bei uns die Lebenskosten steigen würden (Ernährung, Wohnen usw.). In den lokalen Eliten überwiegt die Ansicht, dass das Lebensniveau steigen, die Arbeitslosigkeit nicht zunehmen, allerdings der Einfluss Deutschlands in den tschechischen Grenzgebieten wachsen wird. Die Eliten sind sich in der Frage einig, ob es zur Einschränkung unserer Staatssouveränität kommen wird. Siehe Tabelle, in der die Ergebnisse der Befragung mit der Erhebung von 2003 verglichen werden (in %).

Ein interpretatorisch interessantes Ergebnis bot die Frage nach den möglichen Folgen der Mitgliedschaft Tschechiens in der Europäischen Union hinsichtlich der möglichen Einschränkung der Staatssouveränität. Unter den Sympathisanten und Opponenten mit der Auffassung, dass es zu einer Einschränkung der Souveränität kommt, gibt es keine Differenzierung bezüglich des Segments der lokalen Eliten, die Intensität der persönlichen grenzüberschreitenden Kontakte ist nicht entscheidend, ebenso wenig die Zahl der Jahre, die man im Grenzgebiet gelebt hat, die Wahlpräferenzen oder der Umstand, ob die Gemeinde eine Partnerschaft pflegt, oder ob sie in Grenznähe liegt. Ein Kriterium stellt aber das Alter dar. Überraschend gibt es die größten Befürchtungen (65%) bei den Befragten im Alter von 18 bis 29 Jahren, während die Altersgruppe der Ältesten über 60 Jahre (33%) am wenigsten Befürchtungen äußert.

Die Ansicht über eine mögliche Beschränkung

der Souveränität ist aber unserer Auffassung nach nicht nur eine Frage der erlebten Stereotype, wie sie die Medien und die Meinungsforschungsinstitute reflektieren, sondern auch ein Ergebnis hin, „emotionalen Bilanz“, bei der Existenzbefürchtungen, „Nationalstolz“, Neigung zu Intoleranz und weitere Faktoren wetteifern. Wir setzen voraus, dass bei der Haltung der Bürger ein gewisser „kognitiver Faktor“ eine Rolle spielt, also eine inhaltliche Uneindeutigkeit/Vagheit des Begriffs Souveränität in der tschechischen Öffentlichkeit. Darauf deutet auch die Tatsache hin, dass die Befragten mit den vorausgesetzten charakteristischen Haltungen in der Frage der Souveränität (z.B. die Anhänger der Linken, Liberalen) nicht übereinstimmen.

Die Menschen lassen sich beim Verständnis der Souveränität von der Durchlässigkeit der Grenze, Verschiebung der gesetzgeberischen Kompetenzen „nach Brüssel“, Existenz der eigenen Armee, dem Aushängen nur der tschechischen Flagge usw. beeinflussen. Hier ist es angebracht daran zu erinnern, dass ein Teil der Öffentlichkeit die „Einschränkung der Souveränität“ (in dem Sinne, in dem sie die Individuen verstehen) begrüßt, denn sie verbinden sie mit mehr Freiheit, mit Druck auf Verbesserung der Tätigkeit der öffentlichen Dienste usw. Man muss also die Ergebnisse der Befragung zu den Auswirkungen der Mitgliedschaft Tschechiens in der EU qualitativ als nicht völlig konsistent interpretieren. Im Hinblick auf die Kompliziertheit der Frage, Uneindeutigkeit der Begriffe und vor allem den unvollkommenen Informationsgrad einschließlich der Angehörigen der Eliten wird

Bundesländer Bayern und Sachsen) durchgeführte Untersuchung aus dem Jahre 2003⁴ bot Vergleiche der zu erwarteten Hoffnungen und Befürchtungen aus der östlichen Erweiterung der EU bei den lokalen Eliten. Die Vertreter der tschechischen und deutschen Institutionen einigten sich daran, dass in der ersten „Kontaktphase“ solide Grundlagen für die Entwicklung der gegenseitigen Zusammenarbeit gelegt wurden. Für die erste Phase erwarteten sie ökonomische Probleme (Verschlechterung des Lebensniveaus, Verlust der Verdienstmöglichkeiten als Folge der Konkurrenz am Arbeitsmarkt usw.). Überraschend war die Feststellung, dass bei den deutschen Respondenten öfter Befürchtungen über die sudetendeutschen Forderungen erscheinen als das Einverständnis damit. Auf der bayerischen Seite war die Unterstützung gegenüber diesen Forderungen höher als in Sachsen. Die Wichtigkeit der sudetendeutschen Frage (betrachtet sowohl in Tschechien wie auch in Deutschland) für die gegenseitigen Beziehungen bewegt sich nach den Befragten auf der Ebene der Gemeinden um 35%, bei den zwischenstaatlichen Beziehungen ist es doppelt so viel, um 70%. Daraus kann man ableiten, dass auf der lokalen und regionalen Ebene ein breites Kooperationspotential für die Entwicklung der partnerschaftlichen Beziehungen vorhanden ist.

Insgesamt kann man zum Problem des Beitritts Tschechiens zur EU und zu den Folgen für die weitere Entwicklung des Grenzgebiets die überwiegend positive Bewertung des Beitritts und den Optimismus der lokalen Eliten feststellen. Dieser Optimismus ist mit den Erkenntnis-

Tabelle 1: Gewinne und Verluste verbunden mit dem Beitritt Tschechiens zur EU

Anteil der zustimmenden Antworten in %	2003	2004
Tschechien bekommt aus den EU-Fonds Finanzhilfe für die wirtschaftliche Entwicklung	63	89
Tschechien erzielt ein höheres Lebensniveau seiner Bürger	44	69
Tschechien gewinnt neue Märkte für den Absatz der tschechischen Produkte	56	80
Es kommt zur Einschränkung unserer Staatssouveränität	46	45
Die Arbeitslosigkeit steigt	59	32
Die Lebenskosten, also die Lebensmittel-, Wohnkosten u.a., steigen	89	90
Der Einfluss Deutschlands in den Grenzgebieten Tschechiens wächst	63	68

Quelle: Untersuchung Grenzland ČR/BRD 2003-Lokale Eliten in der Euroregion Nisa/Neisse 2004, TNS Factum/Tima Liberec.

die Antwort vom „Stand des Bewusstseins“ der gegebenen lokalen Gemeinschaft beeinflusst.

Im Vergleich zu den Haltungen der gesamten Öffentlichkeit sind die lokalen Eliten optimistischer als andere Bürger in Fragen der Finanzhilfe aus den EU-Fonds, der Erhöhung des Lebensstandards, der Möglichkeiten neuer Absatzmärkte und der Arbeitslosigkeit. Weniger Unterschiede gibt es in der Bewertung des Souveränitätsverlusts, des Anwachsens der Lebenskosten und des Einflusses Deutschlands in den Grenzgebieten. Die folgende Tabelle vergleicht die Ergebnisse von der repräsentativen Befragung in allen an die Bundesrepublik angrenzenden Landkreisen Tschechiens aus dem Jahre 2003 und von der Erhebung der lokalen Eliten der Euroregion Nisa/Neisse aus dem Jahre 2004.

Für die Grenzgebiete bringt der Beitritt zur EU noch weitere Folgen. Zwei Drittel bis drei Viertel der Angehörigen der lokalen Eliten versprechen sich davon vor allem die Beseitigung der ungünstigen peripheren Lage, die Hilfe bei der Entwicklung der Gemeinden, die Entstehung der tschechischen und deutschen Firmen und die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Bürgern beider Länder.

Die auf den beiden Seiten der Grenze (ČR,

sen aus anderen Erhebungen⁵ zu vergleichen, wo festgestellt wurde, dass die Initiative bei der Anknüpfung der grenzüberschreitenden Kontakte überwiegend von deutscher Seite ausgeht. Liegt der Grund der tschechischen Passivität im geringeren Informationsgrad mit den Mechanismen der EU, in der Mangel an Finanzmitteln oder in der sprachlichen Unkompetenz, so ist es erforderlich, die Bedürfnisse und Interessen der tschechischen Subjekte deutlicher zur Geltung zu bringen. Diese Feststellung kann allerdings nur solange gelten, bis es zum Ausgleich des Umfangs des sozialen Kapitals und der ökonomischen Parameter auf der tschechischen und deutschen Seite der Grenze kommt.

Václav Houžvička

¹ Das Prinzip der Partnerschaften auf allen Ebenen ist eines der Hauptprinzipien der EU-Politik. Darauf basiert auch die Initiative INTERREG, deren eine Zweig auf die Finanzierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von tschechischen und sächsischen (bayerischen, österreichischen) Gemeinden und Organisationen konzentriert ist. Leider ist gerade INTERREG ein

Beispiel dafür, wie man unter dem Begriff der Partnerschaft verschiedene Typen der Zusammenarbeit verstehen kann, einschließlich der asymmetrischen, unbeständigen und oberflächlichen Beziehungen und Aktivitäten.

² Charakteristische Merkmale der Partnerschaften sind gegenseitiger Nutzen, gemeinsame Ziele der Partner, Langzeitigkeit, vollständige Akzeptanz der Formen der Zusammenarbeit von allen Partnern, Notwendigkeit, Ausgewogenheit/Komplementarität (jeder Partner trägt etwas dazu bei, was sonst fehlen würde und ohne das kein Er-

gebnis erzielt werden könnte), Synergieeffekt, d.h. der mit der Zusammenarbeit erzielte Mehrwert, so dass die positiven Auswirkungen für das gegebene Gebiet insgesamt größer sind als die Summe der Einzelwirkungen, welche die einzelnen Kooperationspartner individuell erreichen könnten. Čepelka, O. (ed.). 2004. *Místní partnerství a rozvoj venkova (příprava na iniciativu EU LEADER)* [Lokale Partnerschaften und die Landentwicklung, Vorbereitung auf die Initiative EU LEADER]. Liberec: Omega.

³ Typisch ist, dass die von Gemeindeebene und Bürgervereinigungen unabhängigen

Unternehmensaktivitäten beiseite gelassen werden. Aus der Praxis der interregionalen Partnerschaften in den EU-Ländern ist sehr bekannt, dass die anfänglichen Beziehungen der Gemeinden und Mikroregionen dem Absatz der lokalen Produkte helfen kann.

⁴ „Analyse und geplante Entwicklung der deutsch-tschechischen Grenzgebiete“, ein Projekt des Tschechischen Außenministeriums, realisiert durch die Agenturen TNS Factum und Gaius.

⁵ Siehe zum Beispiel das zitierte Forschungsprojekt des tschechischen Außenministeriums.

Lokale Eliten zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Bayern und Sachsen

Im Verlaufe des Jahres 2004 wurden im tschechisch-sächsischen und tschechisch-bayerischen Grenzgebiet (weiter auch nordböhmisches und südböhmisches) zwei Erhebungen realisiert zu den Ansichten der lokalen Eliten zum Beitritt Tschechiens zur EU und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.¹ Die Ergebnisse aus den beiden Grenzgebieten teilen die Charakteristik der lokalen Eliten, die in gewisser Hinsicht das Bild der Grenzgebiete als entwurzelte und sozial instabile Regionen korrigieren können: es zeigt sich, dass die Angehörigen der lokalen Eliten ein fester Bestandteil der lokalen Gemeinschaften mit einer aufgeklärten Beziehung zur Region sind. Aus den Ergebnissen geht hervor, dass sich die Angehörigen der Eliten im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit meistens für den bürgerlichen Sektor aussprechen, in dem die Euroregionen die dominante Rolle einnehmen. Es folgen die wirtschaftliche Sphäre und erst danach die offiziellen politischen Institutionen. Es wird auch deutlich, dass sich der Charakter der grenzüberschreitenden Beziehungen an der tschechisch-bayerischen von der tschechisch-sächsischen Grenze unterscheidet, was sowohl historische wie auch sozial-wirtschaftliche Ursachen haben kann.

Charakteristik der lokalen Eliten in den Grenzgebieten

Trotz der Unterschiedlichkeit der Methoden, der Technik der Datenerhebung und der unterschiedlichen Zahl der Befragten in beiden Erhebungen² (200 Befragte im sächsischen und 85 im bayerischen Grenzgebiet), sind die soziodemographischen Charakteristiken in beiden Erhebungen ähnlich. Die Eliten wurden nach Bereich und gesellschaftlicher Position in eine ökonomische, politische und kulturell-intellektuelle Gruppe aufgeteilt. Ihr Anteil in beiden Befragungen ist der Grafik 1 zu entnehmen: in Nordböhmen wurden deutlich mehr ökonomische Eliten befragt, in Südböhmen überwiegen die Antworten der Angehörigen der intellektuellen Eliten; der Anteil der politischen Eliten ist etwa gleich.

Wie im gesamttschechischen Vergleich sind auch in den lokalen Eliten Männer stärker als Frauen vertreten (im Norden 61:39, im Süden 68:32), wenn wir allerdings das Alter der Befragten berücksichtigen, erkennt man einen Trend, wonach sich Frauen schrittweise durchsetzen (je jünger die Elite, desto höher der Frauenanteil). Am deutlichsten ist dies bei den lokalen Eliten zu sehen. Das Alter der Mehrheit der Befragten bewegt sich zwischen

30 und 59 Jahren, es sind also Menschen im produktiven Alter. Unter den Befragten in Nordböhmen war die junge Generation bis 29 Jahre vertreten, die einen Zehntel der Befragten bildete (im bayerischen Grenzgebiet gab es in dieser Gruppe nur einen Befragten). Die Elitenangehörigen heben sich von der Gesamtbevölkerung durch ein höheres Bildungsniveau ab. Eine Ausbildung auf Hochschulniveau führten 41% der Befragten in Nordböhmen an, in Südböhmen waren es sogar zwei Drittel.³

Die befragten Angehörigen der Eliten leben im Grenzraum überwiegend längerfristig, entweder von Geburt an oder zumindest länger als 15 Jahre. Der Anteil der „Zugezogenen“ ist in Südböhmen höher, was mit der größeren Attraktivität des südböhmischen Raumes als Lokalität zum Wohnen zu erklären ist. Allgemein ist es möglich, die lokalen Eliten in den Grenzgebieten als sehr offene soziale Gruppen zu betrachten. Der Anteil von 15%, den die nach 1989 Zugezogenen unter den Eliten bilden, zeigt, dass die Autorität hier nicht ausschließlich auf den traditionellen Merkmalen – „Altansässigkeit“ und Erfahrungen – basiert. Eine emotionelle Verbundenheit mit der Region, die mit der zeitlichen Länge des Aufenthalts nicht unbedingt zusammenhängen muss, äußerte eine Mehrheit der Befragten (mehr als 90%) in beiden Erhebungen. Sie antworteten positiv auf die Frage, ob sie fühlen, dass sie zu dem Ort gehören, wo sie leben, und ob sie sich hier wie Zuhause fühlen. Drei Viertel der Befragten haben ihren Angaben zufolge nicht vor umzuziehen, was sicher ein positives Signal ist, vor allem deshalb, weil das Grenzgebiet als eine in vielerlei Hinsicht benachteiligte Region immer vom Braintrain bedroht war.

Den Ergebnissen nach scheint es, dass die Eliten ein stabiler Bestandteil der lokalen Gemeinschaften sind. Zu den Gründen, weshalb man im Grenzgebiet bleiben will, gehört meistens die Familie, dann die gute Umwelt in Verbindung mit interessanter Arbeit. Auch Heimatgefühl und Gewohnheit wird von fast der Hälfte der Befragten beider Grenzgebiete erwähnt. Als am meisten vernachlässigbarer Grund erwies sich die Möglichkeit der Arbeit im Ausland, bei der auch der größte Unterschied zwischen beiden Grenzgebieten erschien – im nordböhmisches Grenzraum wurde dieser Grund wesentlich häufiger gewählt (15%) als im südböhmischen (9%). Dies hängt einerseits mit der Befragtencharakteristik zusammen – für die ökonomischen Eliten sind Aufträge aus dem Ausland wahrscheinlich wichtiger als für die Repräsentan-

ten der politischen Macht – andererseits mit der schlechteren Situation im tschechisch-sächsischen Grenzland.

Institutionen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Was die institutionalisierte Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit betrifft, spielen die Euroregionen eine unvergleichbare Rolle. Ziel dieser freiwilligen grenzüberschreitenden Vereinigung von Städten und Gemeinden, Mikroregionen, Landkreisen oder anderen Subjekten, ist unter anderem gerade die Bemühung um diesen Charakter der Zusammenarbeit, insbesondere auf der kommunalen Ebene. Lokale Eliten hatten die Möglichkeit, die Auswirkungen der Tätigkeit der Euroregionen Neißer, Egrensis⁴ und Böhmerwald und weiterer staatlicher und internationaler Institutionen und ökonomischer Subjekte zu bewerten.

In der Bewertung schneiden die Euroregionen am besten ab. Die meisten Befragten sagten, dass sie die Zusammenarbeit unterstützen (die Euroregionen Böhmerwald und Egrensis von 66%, Euroregion Neisse von 89%). Jeweils nur ein Prozent der Befragten meinte, dass sie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit komplizierter machen. Aus den Aussagen ist weiter ersichtlich, dass unter den lokalen Eliten das Bewusstsein der Existenz der Euroregionen ziemlich verbreitet ist, denn die Antwort „weiß nicht“ führte in der Euroregion Neisse nur ein Zehntel der Befragten an, bei der Euroregion Egrensis und der Euroregion Böhmerwald nur ein Drittel.⁵ Insgesamt überwiegt die positive Bewertung der Institutionen, mehrheitlich werden nur die Aussiedlerorganisationen wie die Sudetendeutsche Landsmannschaft als für die Zusammenarbeit erschwerenden Faktor empfunden. In beiden Fällen sind übereinstimmende Trends zu beobachten: die positivste Rolle in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird dem Nichtregierungssektor (Euroregionen, Verbände) zugeschrieben, gefolgt von dem ökonomischen Sektor (Betriebe) und der Staatsverwaltung, und zwar eher auf der unteren als der oberen Ebene.

Was die legislative Stellung der Euroregionen betrifft, ist die Mehrheit der Befragten aus beiden Gebieten der Auffassung, dass die Euroregionen ihre gegenwärtige Bedeutung behalten sollen, also den Status freiwilliger Vereinigungen (siehe Grafik 3). Die Befragten sind mit ihrem Status zufrieden, sie sind ihren Antworten nach funktionsfähig. Nur ein kleiner Anteil (von 13% im Norden und 18% im Süden) sprach sich für die Selbstverwaltung der Euroregionen mit einer

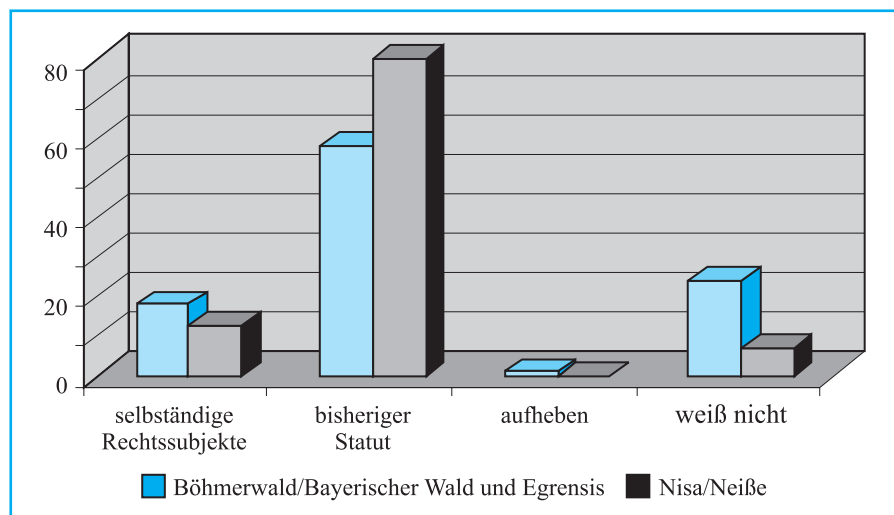
eigenen Vertretung und eigenen Finanzmitteln aus. Einen deutlichen Unterschied zwischen beiden Gebieten stellt das geringere Bewusstsein der Euroregionen Böhmerwald und Egreensis dar. Im nördlichen Teil des Grenzgebietes gibt es dagegen eine höhere Zahl derjenigen, die sich für zufrieden erklären. Der Anteil der Befragten, die für die Euroregionen Selbstständigkeit fordern, ist in beiden Gebieten etwa gleich.

Allgemein kann man bei den lokalen Eliten ein schwächeres Bewusstsein der Euroregion Neiß

sächsischen Grenze 58%. Das kann man mit der unterschiedlichen Lage der beiden Bundesländer erklären. Sachsen als Teil der ehemaligen kommunistischen DDR verfügt nicht über eine so starke Wirtschaft, um in dem gleichen Ausmaß wie Bayern über die Grenze expandieren zu können. Damit hängt auch die unterschiedliche soziale Situation der beiden Länder zusammen. Somit ist auch eine relative Vorteilhaftigkeit unternehmerischer Tätigkeit auf dem tschechischen Gebiet unterschiedlich. Die Ansicht über

erscheinen im Vergleich zu tschechisch-sächsischen als intensiver. Und sie betreffen öfter die alltäglichen Probleme der Bürger (besonders die ökonomischen Aktivitäten). Tschechisch-sächsische Kontakte spielen sich meistens auf einer von zwei Ebenen ab: man kann sie entweder als institutionalisiert und offiziell oder als unverbindlich, touristisch bezeichnen, jedoch nicht als „zivilpolitisch“. Sie haben also nicht so großen Einfluss auf das Leben der Bevölkerung. Es bleibt noch die Antwort auf die Frage, ob die Ursache dafür die historisch unterschiedlichen Kontakte auf beiden Seiten der Grenze oder die unterschiedliche ökonomisch-soziale Situation auf der bayerischen und sächsischen Seite sind, die historisch gegeben sind. Wahrscheinlich liegt die Begründung in der Kombination beider Faktoren.

Grafik 2: Ansichten über die Stellung der Euroregionen im Rahmen der EU



Quelle: SOÚ AV ČR, Erhebung Eliten im Grenzland ČR/SRN 2004

feststellen, was positive Folgen in ihrer Tätigkeit haben kann – im Vergleich zu den Euroregionen Egreensis und Böhmerwald. Im Grenzgebiet zu Bayern ist offensichtlich diese Form der Zusammenarbeit nicht so viel beliebt und verbreitet.

Interessante Ergebnisse bieten die Antworten auf die Frage, wie die deutschen Bürger in den Ansichten der Bürger in den bis zu 10 km von der Grenze entfernten Gemeinden wirken. Hier sind vergleichbare Muster zu beobachten: öfter besuchen Deutsche die tschechischen Gemeinden (93%), als intensiv werden auch die gemeinsamen Aktivitäten empfunden (63% an der südlichen, 70% an der nördlichen Grenze). Einen bedeutenden Unterschied gibt es bei den ökonomischen und unternehmerischen Aktivitäten: während sie an der bayerischen Grenze 71% der Befragten positiv ansehen, waren es an der

die Tätigkeit der Deutschen in den Gemeinden der Befragten ist in beiden Grenzgebieten gleich – jeweils etwa zwei Drittel empfinden sie als positiv, der Rest hat dazu keine eindeutige Haltung. Die Aktivitäten werden von niemandem völlig abgelehnt.⁶

Die offizielle Zusammenarbeit auf der Ebene der Gemeinden findet in beiden untersuchten Gebieten etwa in demselben Ausmaß statt. Fast zwei Drittel der Befragten wissen von dieser Zusammenarbeit. Etwa ein Viertel führte an, dass ihre Gemeinde an keiner Zusammenarbeit beteiligt ist, andere sind nicht informiert.⁷

In gewisser Hinsicht kann man über einen unterschiedlichen Charakter der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an der tschechisch-bayerischen und tschechisch-sächsischen Grenze sprechen. Die tschechisch-bayerischen Kontakte

Jitka Laštovková, Miroslav Brož

¹ Der Vergleich betraf die Grenze mit dem Freistaat Sachsen (entspricht etwa der Fläche der Euroregion Neiß) und der Grenze mit Bayern (Euroregionen Egreensis und Böhmerwald).

² Die Agentur Tima in Nordböhmen wählte die Methode einer zweistufigen pseudozufälligen Auswahl (Gemeinden und Einzelne) und der Technik des direkten Kontakts der Befragten mit dem Interviewer. Die Agentur SC&C, verantwortlich für die Erhebung an der südlichen Grenze, wählte einen den Institutionen per Post zugeschickten Fragebogen, der auch elektronisch zurückgeschickt werden konnte.

³ Wahrscheinlich hängt der Unterschied unter anderem mit der unterschiedlichen Vertretung des intellektuellen und ökonomischen Segments in beiden Erhebungen zusammen – ein höherer Anteil der Intellektuellen stellt somit eine hohe Prozentzahl der Hochschulabsolventen dar; die ökonomischen Eliten auf der lokalen Ebene dagegen müssen ihre Position nicht unbedingt vom kulturellen Kapital in Form der Ausbildung ableiten.

⁴ Auf der tschechischen Seite wird besonders das Gebiet um Cheb/Eger miteinbezogen.

⁵ Der Anteil der Antworten „weiß nicht“ ist im Falle der Euroregionen am geringsten von allen genannten Institutionen.

⁶ Das ist ein bedeutendes Signal, u.a. was die Beziehung zu den Sudetendeutschen betrifft.

⁷ Man kann behaupten, dass sie dem gegenseitigen Kennenlernen dienen, sie haben aber keine entscheidende Auswirkung auf die Gesellschaft.

Präsidentendekrete und Abschiebung der Deutschen in den Augen der Öffentlichkeit

Das Zentrum für die Erforschung der öffentlichen Meinung des Soziologischen Instituts der Tschechischen Akademie der Wissenschaften beschäftigt sich in seinen Erhebungen regelmäßig mit den Ansichten der tschechischen Gesellschaft zu aktuellen Themen in historischen Zusammenhängen. Dazu gehört vor allem die neuzeitliche Geschichte der tschechisch-deutschen Beziehungen.

Gegenwärtig sind zwei Drittel (64%) der Auffassung, dass die Präsidentendekrete, die rechtlich unter anderem die Eigentumsconfiskationen und den Verlust der Staatsbürgerschaft für die Mehrheit der deutschsprachigen Bürger der CSR kodifiziert haben, weiterhin gelten sollten:

7% möchten ihre Aufhebung, 29% äußern

sich nicht dazu. Die Antwort, dass die Dekrete weiterhin gelten sollen, deklarierten öfter Menschen über 45 Jahre (in der Alterskategorie über 60 Jahre waren es sogar 80% der Befragten), die Befragten mit Hochschulabschluss, Rentner, Bewohner der Bezirke Ústí nad Labem/Aussig und Plzeň/Pilsen und die Wähler der Kommunisten, der ODS und

der US-DEU. Zum Thema der Dekrete wussten sich – das überrascht jedoch nicht – besonders junge Menschen nicht zu äußern: Mehr als Hälfte der Befragten im Alter bis 29 Jahre wählte die Antwort „weiß nicht“.

Einen Vergleich der aktuellen Erhebung mit der vorangehenden bietet Tabelle 2. Aufgrund der Ergebnisse aller vorherigen Befragungen

	02/03	04/06	05/02
Sie sollten weiter gelten	67	67	64
Sie sollten aufgehoben werden	5	8	7
Wissen nicht	28	26	29
Anm.: Summe in der Spalte 100 %			

kann man feststellen, dass es in dieser Frage in den vergangenen drei Jahren zu keinen bedeutenden Meinungsveränderungen kam, die Schwankungen bewegen sich nur im Rahmen der statistischen Toleranz.

In den Jahren 1994 bis 2001 wurde die Problematik mit einer etwas unterschiedlichen Frage untersucht, und zwar nach der Gültigkeit der Beneš-Dekrete (also nicht nur von denjenigen, die mit der rechtlichen Kodifizierung der Abschiebung zusammenhängen). Konkrete Angaben von diesen Erhebungen und die genaue Formulierung der Frage bietet Tabelle 3. Aus den bisherigen Untersuchungen geht hervor, dass in den Jahren 1999 bis 2001 etwa die Hälfte der Befragten der Meinung war, sie sollen weiterhin gelten. 15 bzw. 17% empfahlen nur die Gültigkeit von einigen Dekreten und 9% bzw. 7% würden ihre Gültigkeit als Ganzes bedenken. Mehr als ein Viertel der Befragten in beiden Erhebungen konnten sich zu dieser Frage nicht äußern. Beide Erhebungen aus den Jahren 1999 und 2001 zeigten jedoch eine bestimmte Verschiebung der Ansichten im Vergleich zu den Ergebnissen aus dem Jahre 1994. Denn es sank die Zahl derjenigen, die für weitere Gültigkeit der Dekrete sind (etwa 7-8% weniger). Im Gegenzug dazu stieg der Anteil derjenigen, die behaupteten, die Gültigkeit von manchen Dekreten sollte überprüft werden (1994 waren es 7%, 2001 17%). Der Anteil der Befragten mit der Auffassung, dass man die Gültigkeit aller Dekrete bedenken soll, und der Anteil der Unentschiedenen, blieb während der ganzen Zeit etwa konstant.

Bewertung der Abschiebung der Sudetendeutschen

Eine andere Perspektive auf die mit dem Kriegsende verbundenen Ereignisse bietet eine Befragung, die auf die gegenwärtigen Haltungen der Befragten zur Abschiebung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg abzielte. Die Abschiebung hält etwas mehr als die Hälfte der Befragten (54%) für gerecht, dagegen betrachten sie insgesamt 27% für ungerecht. Die Ansicht, dass die Abschiebung gerecht war, erscheint öfter bei den über die 45-jährigen, bei Befragten mit einem schlechten Lebensniveau, bei Rentnern, Bewohnern von Böhmen und Sympathisanten der KSČM und der ČSSD. Die Bewertung der Abschiebung als ungerechtes Ereignis, für das man sich entschuldigen soll, überwiegt bei den Befragten mit Hochschulabschluss und denjenigen mit hohem Lebensstandard. Unter den Befürwortern des „Schlussstriches“ finden sich meistens Bürger zwischen 30 und 44 Jahren und Befragte mit einem guten Lebensniveau. Dass die Abschiebung ungerecht war, man sich dafür entschuldigen, die Betroffenen entschädigen und ihnen ihr ehemaliges Eigentum zurückgegeben soll, meint nur eine kleine Gruppe, so dass man bei ihnen im Rahmen der einzelnen sozialen Gruppen keine verlässlichen Unterschiede identifizieren kann.

Aus Tabelle 4 geht hervor, dass es in den letzten zehn Jahren zu keinen bedeutenden Veränderungen in der Struktur der Antworten kam. Den relativ höchsten Anteil der Befragten, welche die Abschiebung für gerecht halten, gab es im März 2002 (60%). In den folgenden Untersuchungen verringerte sich der Anteil von denjenigen, welche die Ab-

Tabelle 3: „Ab und zu spricht man von Dekreten von E. Beneš. Behaupten Sie dass... (Vergleich 1994 bis 2001, in %)“

	94/04	99/09	01/02
... sie weiterhin gelten sollen	57	49	50
... die Gültigkeit von einigen Dekreten überdacht werden sollte	9	15	17
... die Gültigkeit von allen Dekreten überdacht werden sollte	7	9	7
... wissen nicht	27	27	26
Anm.: Summe in der Spalte 100 %			

Quelle: Soziologisches Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften – kontinuierliche Untersuchung (CVVM)

schiebung für gerecht halten (im Februar 2005 um 6 % im Vergleich zu 2002).

Einfluss der Dekrete auf die Nachbarschaftsbeziehungen

Aus Tabelle 5 geht hervor, dass mehr als Hälfte der Befragten behauptet, dass die Dekrete die Beziehungen zu Deutschland negativ beeinflussen (56%), mehr als ein Drittel denkt

positive Bewertung der tschechisch-deutschen und tschechisch-österreichischen Beziehungen weiterhin von der Diskussion über die sog. Beneš-Dekrete beeinflusst wird oder – allgemein betrachtet – durch einige historische Ressentiments (im Falle Österreichs auch die jüngsten, aber auch die lang andauernden Streitigkeiten, die das Atomkraftwerk Temelín betreffen). Wie aus der Erhebung zur Bewertung der Beziehungen Tschechiens zu den oben genannten Ländern aus dem Jahre 2000

Tabelle 4: Ansichten über die Abschiebung (in %)

	95/07	01/02	02/03	04/06	05/02
Sie war gerecht	52	47	60	56	54
Sie war ungerecht, aber unter die Vergangenheit muss man einen Schlussstrich ziehen	24	23	20	21	19
Sie war ungerecht und es ist nötig, sich dafür zu entschuldigen	3	6	5	5	5
Sie war ungerecht und man soll sich nicht nur entschuldigen, sondern auch die Betroffenen entschädigen und ihnen das Eigentum zurückgeben	1	2	1	3	3
Wissen nicht, kein Interesse	30	22	14	16	19
gerecht/ungerecht*	52/28	47/31	60/26	56/29	54/27
* Die Summe der Antworten 2, 3 und 4					

Quelle: Soziologisches Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften – kontinuierliche Untersuchung (CVVM)

dies über Österreich (35%). Bei der Slowakei, Polen und Ungarn ist der Anteil derjenigen, die der Auffassung sind, dass die Beneš-Dekrete die Beziehungen beeinflussen, zu vernachlässigen. Aus dem Vergleich der realisierten Erhebung ist ersichtlich, dass die Dekrete in der tschechischen Öffentlichkeit immer weniger Beachtung erhalten.

Die Ansichten darüber, inwieweit die Beneš-Dekrete eine Belastung der bilateralen Beziehungen mit den Nachbarländern darstellen, ist zweifelsohne im Kontext der Gesamtdarstellung der aktuellen Situation der bilateralen Beziehungen zu sehen.

Man kann behaupten, dass die nicht gerade

hervorgeht, ist besonders die aktuelle Bewertung zu Deutschland und Österreich am positivsten, was mit der erkennbaren Beruhigung und dem Ruckzug von konfliktgeladenen Themen zusammenhängt. Die bei weitem schlechteste Beurteilung der Beziehungen zu diesen Ländern erschien am deutlichsten im März 2002. Danach begannen sich die Ansichten zu ändern (auch wenn bei den tschechisch-österreichischen Beziehungen nur langsam) und eine Folge dieses Prozesses ist die Tatsache, dass heute die Beziehungen zu Deutschland und Österreich im Rahmen der letzten fünf Jahre am besten bewertet werden.

Daniel Kunštát

Tabelle 5: Negativer Einfluss der sog. Beneš-Dekrete auf die Beziehungen zu den Nachbarländern (in %)

	März 2002	Juni 2004	Februar 2005
Slowakei	3	4	2
Polen	3	5	5
Ungarn	33	6	5
Deutschland	61	65	56
Österreich	58	43	35

Quelle: Soziologisches Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften – kontinuierliche Untersuchung (CVVM)

Sächsisch-Tschechisches Hochschulzentrum

Das Sächsisch-Tschechische Hochschulzentrum (STHZ) wurde am 1. April 2003 an der Technischen Universität Chemnitz eingerichtet. Es wird mit Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative Interreg IIIA mitfinanziert. Die Förderung

Information über die Zusammenarbeit

ist vorerst bis September 2006 gesichert.

Das Sächsisch-Tschechische Hochschulzentrum (STHZ) an der Technischen Universität Chemnitz schafft die Voraussetzungen zur Intensivierung der fachwissenschaftlichen Interaktionen zwischen Angehörigen sächsischer und tschechischer Hochschulen im Grenzgebiet. Dabei werden einerseits die fachspezifischen Kontakte der TU Chemnitz mit der partnerschaftlich verbundenen Westböhmisches Universität Pilsen (Západočeská univerzita v Plzni) erweitert. Andererseits werden weitere tschechische Universitäten einbezogen, die an einem Ausbau der grenzübergreifenden fachwissenschaftlichen Kommunikation interessiert sind: Technische Universität Liberec/Reichenberg, Jan-Evangelista-Purkyně-Universität Ústí nad Labem/Aussig, Masaryk-Universität Brno/Brünn, Südböhmische Universität České Budějovice/Budweis, Karls-Universität Prag und Wirtschaftsuniversität Prag.

Außerdem wird die grenzüberschreitende Entwicklung der Region durch innovative Impulse in verschiedenen Arbeitsfeldern wie Wirtschaft, Verkehr, Umwelt, Kultur und Bildung gestärkt.



Dies erfolgt unter anderem im Zusammenwirken mit den beiden regionalen Partnern, der Initiative Südwestsachsen e.V. sowie der Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen.

Ziel des Sächsisch-Tschechischen Hochschulzentrums (STHZ) an der TU Chemnitz ist der Aufbau einer langfristig angelegten wissenschaftlichen Kooperation von Hochschulen im sächsisch-tschechischen Grenzgebiet. Die Koordination universitärer Einzelmaßnahmen mit Schlüsselfunktion steht dabei im Vordergrund. Als Fernziel ist die Bildung eines nachhaltigen, grenzübergreifenden Forschungsnetzwerkes von Wissenschaftlern, Studierenden sowie weiteren Experten unter vorrangiger Einbeziehung der im sächsisch-tschechischen Grenzraum agierenden Hochschulen vorgesehen.

Grenze, Grenzeffekte und die Bewohner des Grenzlands

In der Untersuchung über die lokalen Eliten auf den Gebieten der Euroregionen Egrensis und Böhmerwald, also im tschechischen Grenzland zu Bayern, haben wir auch nach der Wahrnehmung der faktisch offenen Grenzen zu Deutschland gefragt. Auf der einen Seite interessierte uns, wie die Befragten diese Tatsache mit dem Abstand von 15 Jahren betrachten und wie sich die offene Grenze in ihrem Leben und im Leben in der Region widerspiegelte. Den Folgen der Permeabilität der Grenze widmeten wir besonders viel Aufmerksamkeit, denn sie deuten auf einige reale, für die Grenzgebiete spezifische Probleme. Ihre Lösung erfordert das Verständnis der Politiker und bedeutende Bemühungen sowie grenzüberschreitende bilaterale Debatten von lokalen politischen Eliten.

Die Folgen der offenen Grenze

Wir haben erwartet, dass nur ein kleiner Teil der Befragten die Grenzöffnung mit Problemen verbindet. Diese Voraussetzung hat sich restlos erfüllt, denn keiner der Befragten ließ diese Antwort zu. Dagegen ist sich nach all den Jahren der geschlossenen und folgerichtig bewachten Grenzen besonders mit Bayern eine Reihe von ihnen dessen bewusst, wie bedeutende Veränderungen, welche Möglichkeiten und Aufforderungen für sie mit der Grenzöffnung entstanden. Eindeutig negative Grenzeffekte gibt es also bei den Befragten in den tschechischen Grenzgebieten nicht. 45% davon behaupten, dass die faktisch offenen Grenzen zu Deutschland besonders Vorteile mit sich brachten. Beides, sowohl Vorteile wie auch Nachteile, sehen in der Grenzöffnung 40% der Befragten.

Am deutlichsten machte sich die Grenzöffnung in den Reisemöglichkeiten und der Einkaufstouristik bemerkbar, wie es 74% angeführt haben (dazu antworteten 11% mit eher ja). Für 54% (dazu 26% eher ja) von ihnen ist es das gegenseitige Kennenlernen und für 47% (dazu 31% eher ja) vertieften sich die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Gemäß diesen Antworten gibt es auf der tschechischen Seite ein Bewusstsein über die Intensivierung der ökonomischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik

und Deutschland. Reisen und die Einkaufstouristik können Folge der Aktivitäten der Euroregionen sein (Herausgabe von zweisprachigen Broschüren über den grenzüberschreitenden Fremdenverkehr), Organisationen zur Verstärkung des Tourismus (Tschechische Zentrale für Fremdenverkehr, Tschechische Zentren usw.) und der effektiven Verkehrsverbindungen zwischen den beiden grenznahen Regionen (zum Beispiel das Verkehrsnetz von Zügen im Rahmen der Euroregion Egrensis zwischen dem Karlsbader und Pilsner Bezirk, den Freistaaten Bayern und Sachsen und dem Bundesland Thüringen mit der Möglichkeit der kostengünstigen Reisemöglichkeiten EgroNet). Daneben lässt sich eine bedeutende Verschiebung in Richtung näheres Kennenlernen des jeweiligen Nachbarlandes verzeichnen, und zwar vor allem deshalb, weil neue Grenzübergänge (besonders für Fußgänger), grenzüberschreitende Fahrradstrecken, Langlaufloipen usw. entstanden sind und weiterhin entstehen. Das alles bewirkt die Verflechtung der grenznahen Gebiete zwischen der Tschechischen Republik und dem Freistaat Bayern.

Kriminalität und Arbeitslosigkeit

In den Antworten der Befragten fanden sich jedoch nicht nur positive Grenzeffekte. 42% (27% eher ja) gaben an, dass als Folge der Grenzöffnung die Kriminalität anwuchs. Während diese Meinung im tschechisch-bayerischen Grenzraum von kaum der Hälfte der Befragten geteilt wird, macht der Anteil in der Untersuchung der Agentur Tima in Nordböhmen (Liberec/Reichenberg, Jablonec/Gablonz) deutlich weniger (29%) aus. Wir sind zwar der Meinung, dass es in beiden untersuchten Regionen trotz unterschiedlicher Größe ihrer Zentren eine ganze Reihe von ähnlichen Problemen gibt wie ein geringeres Maß an Bildung, eine Eskalation der Nationalitätenprobleme (vor allem der Sinti-Roma), illegale Geschäfte und Prostitution, dennoch gibt es im westböhmisches Grenzraum mehr Orte, welche unter negativen Folgen der Grenznähe zu leiden haben, zum Beispiel in den Regionen um Cheb/Eger oder Tachov/Tachau. Dies beeinflusst bestimmt auch

Tabelle 6: Folgen der Grenzöffnung

	ja	eher ja	eher nein	nein	weiß nicht	insgesamt
	%	%	%	%	%	%
Mehr Möglichkeiten zum gegenseitigen Kennenlernen	54	26	1		19	100
Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen	47	31	2		20	100
Bessere Reise- und Einkaufsmöglichkeiten	74	11			15	100
Anwachsen der Kriminalität	42	27	11	1	19	100
Anwachsen der Arbeitslosigkeit	15	32	26	2	25	100
Andere Folgen der Grenzöffnung	81	19				100

Quelle: SOÚ AV ČR, Untersuchung Eliten im Grenzland ČR/SRN 2004

die öffentliche Meinung in den benachbarten Regionen.

Dass als Folge der Grenzöffnung auf der tschechischen Seite die Arbeitslosigkeit anstieg, meinten im westlichen Grenzland Tschechiens 15% der Befragten (35% eher ja). Tatsache ist – statistisch jedoch schwer zu erfassen –, dass mit der Grenzöffnung in jeder grenznahen Region eine unterschiedlich große Gruppe von Pendlern entstand, die nach Deutschland fahren zur Arbeit. Man kann jedoch mit dem anhaltenden Wirtschaftswachstum in Tschechien auch eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen erwarten, so dass die Zahl der Pendler sinkt und weiterhin sinken wird, oder dass sie zur Arbeit in die größeren tschechischen Städte (wie Prag oder Pilsen) pendeln. Dazu machen

sich immer mehr deutsche Firmen im tschechischen Grenzland ansässig und schaffen hier neue Arbeitsplätze. Auf der anderen Seite erscheint als problematisch – zumindest im Hinblick auf die langzeitigen Entwicklungen der Bildung eines Arbeitsmarktes im Grenzland – dass es sich oft um Arbeit für weniger qualifizierte Arbeitskräfte handelt.

Die Befragten wurden aufgefordert, weitere Folgen der Grenzöffnung anzugeben. Sie erwähnten überwiegend negative Grenzeffekte, meistens war es die Abfalltouristik, wo in vereinzelten Fällen die Deutschen in den tschechischen Grenzgebieten Abfall deponieren, sie lassen ihn oft an dazu nicht geeigneten Orten liegen (an Landstrassen, im Wald usw.) Zu weiteren negativen Folgen der Grenzöffnung

gehören nach den Aussagen der Befragten der Kauf von Immobilien in Tschechien über die dritte Personen, Großverkäufe in den Supermärkten, Verkauf von Alkohol und Zigaretten an Kiosken, Fälschung von Kleidungen und Prostitution.

Als weitere positive Auswirkungen wurden vor allem das anwachsende Interesse für die Sprache und Kultur des Nachbarlandes genannt, unterstützt durch verschiedene Austauschprogramme, das Bewusstsein für eine Anhebung des Bildungsniveaus sowie die Entwicklung des vernachlässigten Grenzlandes.

Lukáš Novotný

Tschechische Politik gegenüber Deutschland zwischen Aktivismus und Defensive (II)

Den Anfang der 90. Jahre kann man als die Zeit des aktivistischen Optimismus bezeichnen, der bedeutend zur Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen und zur Zusammenarbeit beispielsweise im Bereich der europäischen Sicherheit beitrug. Die Ausrichtung der tschechischen Politik in defensiver Richtung korrigierte man noch mit der positiven Beziehung zum „europäischen Deutschland“ – also zur Rolle und Politik in der Europäischen Gemeinschaft einschließlich der positiven Reaktionen zum Maastrichter Vertrag. Im folgenden Zeitraum, in den Jahren 1992 bis 1997, wurde das Thema der Integration zu einem entfremdeten Thema, welches die Beziehungen belastete. Der minimale defensive Konsensus, der in der Hälfte der 1990er entstand, umfasste allerdings auch die aktivistischen Zugänge, besonders die Bemühung, die Fragen der Vergangenheit abzuschließen. Umging der Vertrag aus dem Jahre 1992 noch die historischen Fragen, so schuf die Tschechisch-Deutsche Erklärung von 1997 die politischen Voraussetzungen und sorgte für die Entspannung der gegenseitigen Beziehungen und erleichterte die Annäherung der Tschechischen Republik an die NATO und die EU.

Risikopotential in den historischen Fragen

Das Hauptziel der folgenden Zeitepoche (1998-2004) war die praktische Europäisierung der gegenseitigen Beziehungen im Prozess des Beitritts Tschechiens zur NATO und EU. Abgesehen von aktuellen politischen Themen blieb ein beträchtliches Risikopotential in den historischen Fragen, besonders in innenpolitischen Zusammenhängen, bestehen, vor allem dann, als sie der politischen Kontrolle entglitten. Das zeigte sich vor allem im Frühling 2002, als radikale Aussagen von Ministerpräsident Zeman den Staatsbesuch von Kanzler Schröder in Prag verhinderten.

Mit dem Beitritt zur EU beginnt eine neue Phase der gegenseitigen Beziehungen. Was die historische Dimension betrifft, so kann man voraussetzen, dass die Organisationen der Sudetendeutschen, die konservativen Lan-

desregierungen und die konservativen Parteien CDU und CSU in der Formulierung der traditionellen Forderungen fortfahren und somit die der gewissen „nebensächlichen“ Außenpolitik ähnlichen Aktivitäten entwickeln werden. Von Bedeutung wird das Ergebnis der Bundestagswahlen 2006 sein. Die gegenwärtige Regierungskoalition deklarierte ihre Haltung mehrmals und klar: sie wird weder rechtliche noch politische Ansprüche erheben. Die Frage für den Fall eines möglichen Regierungswechsels lautet, ob es (zum ersten Mal!) zum Aufstieg dieser „nebensächlichen“ politischen Agenda auf die Bundesebene kommen könnte. Eine entscheidende Rolle wird die Haltung des potentiellen Koalitionspartners der CDU-CSU, also der FDP, spielen, die sich vom Bund der Vertriebenen wie auch von den verschiedenen Landsmannschaften distanziert.

Neue Themen in den gegenseitigen Beziehungen ergeben sich jedoch vor allem auf dem Gebiet der europäischen Sicherheitspolitik. Die tschechische Politik muss auf die neue Situation reagieren: anstelle der ehemaligen (unrealistischen) Befürchtungen vor der Kraft des angeblich dominanten Deutschland spricht man heute von der deutschen „Hegemonie der Schwäche“. Der Akzent in der Strategie der Beziehungen gegenüber Mittel- und Osteuropa, die nach 1990 alle Bundesregierungen verfolgt haben, lag beim Projekt der Erweiterung von NATO und EU. Diese Strategie hat sich erfüllt, ohne dass die entsprechenden Länder (darunter auch Tschechien) – wie es einige Skeptiker prophezeit hatten – in Abhängigkeit von Berlin geraten wären.

Deutschland - Suche nach neuen Partnern

Deutschland übt nicht die Rolle des regionalen Herrschers aus und bemüht sich auch nicht darum, was die unterschiedlichen Prioritäten der tschechischen/mittleuropäischen und deutschen Politik im Prozess der Erweiterung wie auch der EU-Reform oder die unterschiedlichen Meinungen zum Irak-Krieg bestätigen. Deutschland definiert sein Interesse nicht als mittleuropäisch und in der

Zeit der Unsicherheit und der Suche nach der neuen Ausrichtung wendet es sich vor allem an die traditionellen Partner, besonders an Frankreich. Auf jeden Fall befindet sich die deutsche Politik in einer Phase, wo sie ihre strategischen Prioritäten neu bestimmt und Antworten auf die Veränderung der gesamteuropäischen und euroatlantischen Konstellation sucht. Im Rahmen des erweiterten Europa, zum Beispiel, kommt es nach vielen Jahren der erfolgreichen Politik zu einer Situation, wo das Land neue Formen der Zusammenarbeit erlernen muss. Das deutsch-französische Tandem für sich wird ohne Bindungen an die Mehrheit der kleineren Mitgliedsstaaten marginalisiert. Der Prozess der Suche verläuft also nicht nur in der Tschechischen Republik und in weiteren neuen EU-Ländern, sondern auch in Deutschland. Eine ähnliche Umbruchsituation gab es in der Entwicklung der Sicherheitsstrukturen, wo sich die Position Deutschlands im Zusammenhang damit verändert, wie die Beziehungen zwischen der EU und den USA als Verbündete neu definiert werden. Dies ist eine Situation, die für die tschechische Politik neue Möglichkeiten bietet: mit der eigenen Politik zur erwarteten Formierung einer neuen Strategie beizutragen, welche die bisherigen Pfeiler der Stellung von Deutschland in internationalen Beziehungen neu definiert.

Welche Möglichkeiten gibt es für die tschechische Politik bei der Entwicklung ihrer Beziehungen zu ihren größten Nachbarn? Eine allgemeine Teilerkenntnis ist, dass die tschechische Politik nur schlecht mit der Tatsache „umgehen“ konnte, dass die Hauptträger des Interesses an der Tschechischen Republik auf der deutschen Seite langfristig gerade die Sudetendeutschen und die aktive in den tschechisch-deutschen Beziehungen oft unabhängig von der politischen Agenda wirkende Sudetendeutsche Landsmannschaft sind. Prag hat die Möglichkeiten nur begrenzt ausgenutzt, die der „institutionelle Pluralismus“ der Bundesrepublik bietet – dass man sich nicht nur auf die föderale Ebene konzentriert, sondern auch auf die einzelnen und an sich relativ autonomen Bundesländer.

Die Politik der Anhänger des aktivistischen

Zuganges gegenüber Deutschland neigte zum „niederländischen Modell“, also der „Europäisierung“ der asymmetrischen bilateralen Beziehung. Das bedeutet nicht eine volle Übereinstimmung mit den deutschen Präferenzen in der Integrations- und Sicherheitspolitik. Die beste Absicherung der Zukunft der Beziehungen zu Deutschland sieht diese Vorgehensweise in der Fortsetzung des Integrationsprozesses (je nachdem einschließlich seiner internationalen Merkmale) und somit der Abwendung der Re-Nationalisierung der deutschen Politik. Nicht die Opposition gegenüber Deutschland (Frankreich, den Niederlanden usw.), sondern der Anteil an der Integrationsdynamik stellt nach diesem Konzept einen entsprechenden Rahmen des tschechischen nationalen politischen Programms dar. Der sich verändernden Koalitionsgeometrie im Rahmen der EU, auf die sich die tschechische Politik verlässt (und zwar sowohl die aktivistische wie auch die defensive), bietet sich nach diesem Konzept ein breiteres politisches Feld bei der Fortsetzung der ökonomischen wie auch politischen Integration. Im Unterschied dazu werden sich die Anhänger des pro-westlichen skeptischen Realismus gegenüber dem Beitritt zur EU dem „dänischen Modell“ zuwenden: der wachsam, auf die Bewahrung der Souveränität ausgerichteten Politik, der Opposition gegen einen vertieften Integrationsprozess und der Kultivierung der alternativen politischen Bindungen.

Kultivierung der Beziehungen

Beide „Modelle“ beinhalten einen „Ausgleich“ der Bundesrepublik. Alle tschechischen Regierungen bemühten sich ohnehin besonders um die Kultivierung der Beziehungen mit den angelsächsischen Partnern – man denke an die Motivation für die Vorbeitrittspartnerschaft mit Großbritannien, welche die sozialdemokratische Regierung abgeschlossen hatte und in gewisser Hinsicht auch den Beitritt zur NATO (also vor allem die Bindung an die USA) und zur EU. Die Sozialdemokraten meldeten sich zudem bei der Frankophonie als Beobachter an und orientierten sich vor allem an den französischen Sozialisten. Der optimistische Aktivismus berücksichtigt einen breiten Azimut des Bündnisses und der Zusammenarbeit als Rahmen der Beziehungen mit Deutschland, während die skeptischen Realisten ihn eher als Gegenkraft zu Deutschland mit dem Übergewicht von wirtschaftlicher Abhängigkeit verstehen.

Das Bild Deutschlands und die Vorgehensweise Deutschland gegenüber entwickelten sich natürlich als Zusammenfluss von verschiedenen Gedanken und Strömen. Dennoch kann man vereinfacht die Stärken und Schwächen beider Haupttendenzen bezeichnen. Die aktivistische Richtung in der tschechischen Politik verdiente sich um die Befreiung der gegenseitigen Beziehungen von politischen und ideologischen Barrieren, die es in vergangenen Jahrzehnten gab. Es war der Faktor des liberalen Institutionalismus und Idealismus im tschechischen politischen Denken, der nach einem Jahr den „europäischen“ Strom in der deutschen Politik besser benutzen konnte,

weil man daran anzuknüpfen versuchte. Seine Schwäche war allerdings, dass man am Anfang der Neunzigerjahre nicht das Gewicht erkannt hatte, das in der Politik Deutschlands (und besonders in Bayern) der sudetendeutsche Faktor einnahm. Das Bild des „europäischen Deutschland“ wurde manchmal von der Tatsache überschattet, dass sich nicht alle Akteure in der deutschen Politik „europäisch“ und „post-nationalistisch“ verhalten. Außerdem befindet sich Deutschland auf der Suche nach einer „neuen Außenpolitik“, einige Analytiker sprechen von einer tiefen außenpolitischen Krise. Deutschland verändert sich von einem „post-nationalistischen“ Staat zu einem „post-klassischen nationalen demokratischen Staat“, also genauso wie auch alle anderen modernen demokratischen Länder. In der europäischen Politik berücksichtigt die deutsche Politik die Interessen der weniger bedeutenden Partner nicht immer und nicht genug.

Der skeptische Realismus trug zum Konzept der Beziehungen zur Bundesrepublik mit der „Rehabilitation der Verschiedenheit“ der Interessen, der ideologischen Präferenzen und politischen Konzepten: die Opposition gegenüber dem bedeutendsten Wirtschaftspartner wurde „politisch korrekt“ – wenn auch nicht immer zweckvoll. Dieser realpolitische Blickwinkel sieht die nationalen Staaten im Grunde genommen als in sich geschlossen auftretende Akteure, wird der Bedeutung der institutionellen und politischen Pluralität der Bundesrepublik wie auch der multilateralen, besonders integralen Bindungen nicht gerecht. Das verengt allerdings das Register der gegenseitigen Beziehungen zu Deutschland und schränkt diejenigen Instrumente ein, welche die tschechische Politik nutzen könnte. Und die Realpolitik (nicht nur die tschechische) löste nicht immer das Problem der Potenz Deutschlands – sei es die reale oder die vermutete. Das Hauptproblem der deutschen (und in gewisser Hinsicht auch der europäischen) Politik der letzten Jahre ist aber die Schwäche der Bundesrepublik, die sich verstärkende Durchdringung der innenpolitischen Faktoren in der Außenpolitik, der Verlust einer strategischen Perspektive.

Freundschaftlicher Umgang und Kämpfen

Wir behaupten, dass man das bekannte Diktum über die tschechisch-deutschen Beziehungen für die Analysen der gegenwärtigen Situation nur dann anwenden kann, wenn wir es im Übergang vom nationalen Liberalismus zum politischen Nationalismus und somit den absolutistischen nationalen Staat nicht auf freundschaftlichen Umgang und Kämpfen verengen. Es ist das föderalistische Element im Denken Palackýs, das akzentuiert werden sollte. Der europäische Integrationsprozess und die tschechische Teilnahme daran unterscheiden sich deutlich von der Entwicklung des 19. Jahrhunderts. Sie ersetzen nicht den Nationalstaat, verändern aber seinen Charakter, weil sie auch die über- und postnationalen Merkmale miteinbeziehen. Eher als freundschaftlichen Umgang mit dem deutschen Element und „Übernahme“ von seinen politischen und institutionellen Modellen, wird zu einer Frage

des politischen Programms eine gemeinsame europäische politische Vorgehensweise, und zwar nicht auf „deutscher“, sondern auf „europäischer“ Grundlage.

Auch Kämpfen und „Ablehnung“ verläuft auf einer neuen Ebene: es geht mehr um den aktiven Anteil an der Schaffung der politischen Alternativen, das Suchen von Kompromissen und Koalitionen im Rahmen der multilateralen Institutionen, besonders von EU und NATO als um die einfache Verteidigung und das politische „Nein“. Deutschland kann dabei ein bedeutender Akteur, nicht aber der Hauptakteur sein, es kann aber auch von diesem Prozess fernhalten.

Kooperatives Nebeneinander

Die tschechisch-deutsche Beziehung vor dem Beitritt zur EU wurde gemäß den relativ intensiven direkten Kontakten charakterisiert. Es ist für sie aber eine typische Asymmetrie zwischen Intensität der praktischen Zusammenarbeit und der erreichten politischen und gesellschaftlichen Nähe. An der Achse der Abhängigkeit auf der einen und der engen Partnerschaft (Miteinander) auf der anderen kann man sie als kooperative Nachbarschaft (Nebeneinander) bezeichnen. Um Deutschland kommt man weder in Mitteleuropa noch in der EU herum. Die tschechische Politik sollte dem deutschen Partner bedeutende Aufmerksamkeit widmen, seine überwiegend kooperativen Haltungen ausnutzen, die gegenseitigen Beziehungen kultivieren und zwar unter anderem damit, dass man seine Präsenz in Deutschland erhöht und das engagierte Interesse der deutschen Öffentlichkeit für die Tschechische Republik gewinnt (also auch jenseits der Grenze zu Bayern und zu Sachsen).

Sie sollte dazu nicht nur die großen Vereinigungen nutzen, sondern auch den Regionalismus, besonders den tschechisch-polnisch-österreichischen, tschechisch-deutsch-österreichischen wie auch die Zusammenarbeit der Visegrad-Staaten, und somit die gegenseitigen Beziehungen in breiteren Zusammenhängen sehen. Das aktive tschechisch-deutsche Zusammenleben kann nur eine „europäische“ Gestalt haben; sie wird allerdings viele Formen haben und wird sich dynamisch entwickeln.

Vladimír Handl

Weitere Informationen zum Projekt „Zivile Dimension des tschechisch-deutschen Beziehungen in der Phase des Beitritts Tschechiens zur EU mit Akzent auf die Grenzgebiete“ und Sprachversionen des Bulletins:
www.borderland.cz

EINE KLEINE ENZYKLOPÄDIE DER BEGRIFFE

Das kollektive Gedächtnis

Die in den Zwanzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts vom Soziologen Maurice Halbwachs entwickelte Theorie des kollektiven Gedächtnisses ist eine Reaktion darauf, das kollektive Gedächtnis als vererbbar zu konzipieren. Halbwachs sieht dagegen die Kontinuität des kollektiv geteilten Wissens nicht in der Biologie, sondern in der Kultur. Die spezifische Prägung, die der Mensch durch seine Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaft und deren Kultur erfährt, erhält sich durch die Generationen hindurch nicht als eine Sache der phylogenetischen Evolution, sondern als Phänomen der Sozialisation und Überlieferung. Das kollektive Gedächtnis steuert Handeln und Erinnern im Rahmen der Interaktion einer Gesellschaft, in gewisser Hinsicht erleichtert es diese Prozesse damit, dass es kollektiv geteilte – scheinbar eingeübte – von Generation zu Generation weitergegebene Muster repräsentiert.

Das Gedächtnis ist ein sozial strukturierter Orientierungsrahmen von Individuen und Gesellschaften, die bestimmen, woran man sich erinnern soll. Es ist, wie man gemeinsam mit dem Soziologen Maurice Halbwachs und seinem Postulat über die soziale Bedingtheit des Erinnerns konstatieren kann, eine kreativ-konstruktive und sozial bedingte Aktivität, die dem Prozess des historischen Bewusstseins vor allem deshalb hilft, dass sie einer sozialen Gruppe Identität verleiht, sie bewahrt und dass sie ein System bildet, wonach das Banale vom Wichtigem unterschieden wird. Denn die Menschen sind nicht fähig, sich an alles zu erinnern. Genauso wie sie sich erinnern, müssen sie auch vergessen und das Wesentliche vom Unwesentlichen trennen. Es wird also eine „künstliche“ Kontinuität hergestellt, die deshalb künstlich ist, weil im Laufe des Selektionsprozesses nur diejenigen historischen Ereignisse ausgewählt werden, die für das Weiterbestehen einer Gruppe (zum Beispiel einer Nation oder einer ethnischen Gemeinschaft) von Bedeutung sind.

Der Konzept des „kollektiven Gedächtnisses“, das der französische Wissenschaftler geschaffen hat und welches keinesfalls unumstritten ist, geht davon aus, dass es sich praktisch um eine Rekonstruktion der Vergangenheit von sozialen Gruppen handelt, also die Adaptation von uralten Fakten so, dass sie den Überzeugungen und den geistigen Bedürfnissen der Gegenwart entsprechen und die Identität einer Gruppe bilden (etwa einer Familie, einer Firma, einer Klasse, einer Nation usw.) Es kommt zu einer Fragmentierung der Erinnerung, bei der bestimmte Bereiche und Fakten aus unterschiedlichen Gründen ausgeklammert oder gar tabuisiert werden. In diesem Zusammenhang soll auf die Theorie der Rahmenanalyse von Erving Goffman aufmerksam gemacht werden, die davon ausgeht, dass für jede Erinnerung und Erfahrung Organisationsprinzipien existieren, die sozial konstruiert sind. Der deutsche Orientalist, Jan Assmann, gliedert das kollektive Gedächtnis in das kommunikative und kulturelle Gedächtnis. Beide bilden in erster Linie einen Orientierungsrahmen, aus den die einzelnen individuellen Gedächtnisse hervorgehen. Das individuelle Gedächtnis bedeutet jedoch nicht, dass es sich nicht um ein Gedächtnis handelt, worauf soziokulturelle und kollektive Einflüsse wirken, sondern dass gerade aufgrund kollektiver Orientierungssysteme qualitative Spezifika entstehen. Sie gehen aus dem Rahmen hervor, der das kommunikative und kulturelle Gedächtnis darstellt, und werden von ihm beeinflusst. Zwar speichert jeder Mensch im Laufe seines Lebens eigene Geschichtserfahrungen, er nimmt aber auch andere Ausschnitte der Wirklichkeit wahr und verknüpft diese auf eigene Weise mit dem subjektiven Beziehungsnetz seiner Lebensumwelt. Individuelle Geschichtswahrnehmungen sind somit das Resultat höchst komplexer kommunikativer Prozesse. Dazu kommt freilich, dass sich bestimmte Geschichtswahrnehmungen besonders erfolgreich, etwa via Massenmedien bzw. der universitären Lehre durchsetzen oder schließlich autoritativ – vor allem in Schulbüchern – als „gültig“ festgeschrieben werden.

Das Problem des kollektiven Gedächtnisses zeigt den Unterschied zwischen history, also der Geschichte im Sinne des wissenschaftlich fundierten historischen Bewusstseins, und memory, des nichtwissenschaftlichen Erinnerns, der geteilten Version der Vergangenheit. Den Unterschied verstehen und die Grundlage des kollektiven Gedächtnisses erkennen kann man am folgenden, absichtlich zugespitzten, dafür aber zutreffenden Beispiel. Das kollektive Gedächtnis ist nämlich nicht nur unhistorisch, sondern in gewisser Hinsicht auch antihistorisch. Wenn man etwas historisch verstehen will, bedeutet es, sich der Komplexität und des historischen Kontexts bewusst zu sein, sich an historische Fakten zu halten und zugleich zu gewissen distanzierten Haltungen bereit sein und die Mehrdeutigkeit (auch die moralische) der Motive und des Verhaltens der Protagonisten der historischen Ereignisse zu akzeptieren. Das ist aber sehr schwierig und eigentlich unmöglich, denn jeder von uns wendet sich der Geschichte mit bestimmten individuellen Dispositionen, Kenntnissen, Erfahrungen usw. zu, die unsere Blickwinkel individualisieren. Das kollektive Gedächtnis, im Gegensatz dazu, vereinfacht. Es reflektiert die Ereignisse aus einer Perspektive, verdrängt – sei es mehr oder weniger gewaltsam – andere und schließt Mehrdeutigkeit aus.

Sich mit dem historischen und kollektiven Gedächtnis sozialer Gruppen zu beschäftigen ist aber sehr wichtig, und zwar vor allem deshalb, weil diese mentalen Operationen eine wichtige Funktion im Prozess der Formierung und Verstärkung der Identität darstellen.

Lukáš Novotný

Weiterführende Literatur:

Assmann, J. 1992. *Das kulturelle Gedächtnis - Schrift Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. München: Beck.

Halbwachs, M. 1991. *Das kollektive Gedächtnis*. Frankfurt a. M.: Fischer.

IHR INTERESSE FREUT UNS

Bei der Herausgabe des Bulletins erhielt die Redaktion viele positive Reaktionen. Einige davon veröffentlichen wir.

Da ich an der von Ihnen herausgegebenen Zeitschrift Tschechisch-deutsche Zusammenhänge interessiert bin, möchte ich Sie um das Zuschieken von einer Ausgabe auf meine Internetadresse in Berlin bitten.

Prof. Dr. Dieter Segert, Vienna University, Institute for Political Science

Mit großem Interesse lesen wir jede Ausgabe

des Bulletin Tschechisch-deutsche Zusammenhänge. Wir würden gerne mit Ihnen über den Inhalt diskutieren. Jede Information über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist für uns wichtig.

Manfred Böhme, Verbandsdirektor des Landestourismusverbandes Sachsen, Dresden

Wir hatten die Möglichkeit, Ihre Zeitschrift in die Hand zu bekommen. Angesichts des guten Inhalts ist es für unsere Mitarbeiter von großer Bedeutung. Die Zeitschrift ist wirklich sehr gut und in unserem Studienraum gibt es

dafür viele Interessierte.

Dr. J. Žáková, Institut für internationale Beziehungen Prag

Wir danken Ihnen fürs Zuschieken des Bulletins Tschechisch-deutsche Zusammenhänge. Weil unsere drei Tschechische Zentren diesem Thema viel Aufmerksamkeit widmen, sind für uns solche Informationen sehr wichtig.

Mgr. Hana Klabanová, Leiterin der Programmabteilung der Verwaltung der Tschechischen Zentren, Prag

LITERATUR ZUM THEMA

Die zweite Republik - Fahrt auf den Zerbrochenen Booten

Gebhart, J. – Kuklík, J. 2004. *Druhá republika 1938-1939. Svár demokracie a totality v politickém, společenském a kulturním životě [Streit der Demokratie und Totalität im politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben]*. Praha/Litomyšl: Paseka. 316 S.

Die fünf Monate lang existierende Zweite Republik wurde von einer gewaltigen Krise erfasst, die aufgrund des Ultimatums des Dritten Reichs, die Grenzgebiete abzutreten, mit dem Münchner Konsens der europäischen Großmächte vom 29. September 1938, alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens betraf. Die Bewohner des Rumpfstaates erlebten den unerwarteten und verführten Zusammenbruch von Masaryks Idee einer selbstständigen Tschechoslowakei wie auch den Verrat Frankreichs und Großbritanniens sehr intensiv. In der Gesellschaft herrschte die skeptische Überzeugung, dass man alles verlieren würde. Mit München zerbrachen viele Persönlichkeiten. Das Buch „Die Zweite Republik – Streit der Demokratie und Totalität im politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben“ von J. Gebhart und J. Kuklík, das anlässlich des 65. Jahrestages der Münchener Krise erschienen, wird der Zielsetzung gerecht, das Thema übersichtlich und befreit von traditionellen Ressentiments, die für die Ansichten über das tschechisch-deutsche Zusammenleben typisch sind, zu bearbeiten.

Vergessene Zeit

Die Zweite Republik kann man als vergessene Zeit bezeichnen, über die man bis jetzt praktisch geschwiegen hat. Als ob es sie in den historischen Lehrbüchern nicht gäbe: erwähnt wird München und dann gleich das Protektorat. Dabei handelte es sich um einen außerordentlich dramatischen Abschnitt der tschechoslowakischen Geschichte, um ein Vorspiel zur Besetzung im März 1939.

Im ersten Teil berichtet das Buch über die Entstehung des Reichsgaus Sudetenland. Die Zahl der sudetendeutschen Mitglieder der NSDAP schätzte man auf 520 000, was 16 Prozent der Gesamtbevölkerung des Reichsgaus Sudetenland entsprach – der höchste Anteil im ganzen Reich. Mit der Machtübernahme durch die Nazis begann man dort die Nürnberger Gesetze konsequent durchzusetzen. Die Rassenverfolgung basierte neben der Verfolgung, Internierung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung auch auf den Diskriminierungsprinzipien und dem Germanisierungsdruck gegenüber der tschechischen Minderheit. Bis Mitte Dezember 1938 flüchteten 152 000 Tschechen aus dem besetzten Grenzland, für die man nur zum Teil Unterkunft im Landesinneren fand. Tausende von Menschen lebten lange Monate in provisorischen Lagern.

In der seit Dezember 1938 von der Regierung R. Berans geführten Tschecho-Slowakei kam es während des Bestehens der Zweiten Republik zu einer beispiellosen Einschränkung der politischen Rechte, zum Ausbruch



des Nationalismus, aber auch zu Antisemitismus und Hass. Die um einen Drittel des Gebietes und 40 Prozent der Wirtschaft beraubte Republik geriet in eine Wirtschaftskrise, ihre politische Haltung in Europa veränderte sich, sie verlor politische Freunde, Slowaken zweifelten an dem Tschechoslowakismus und bereiteten sich auf die Spaltung vor. In das Land kamen Tausende von Flüchtlingen. Die Beziehung zu aus den besetzten Grenzgebieten geflüchteten deutschen Antifaschisten und Juden war gespannt, die Republik konnte sie mit Rücksicht auf die Forderungen des Reiches nicht aufnehmen.

Deutsche Minderheit

Ein weiteres Problem für den radikal verkleinerten Staat stellte die deutsche Minderheit dar, die etwa 240 000 Personen zählte und sich besonders auf Prag und größere mährische Städte (Brno, Jihlava, Svitavy) konzentrierte. Das politische und gesellschaftliche Leben dieser Minderheit wurde von der deutschen nationalsozialistischen Bewegung beherrscht. Allgemein betrachtet überwog unter den tschechischen Deutschen nach München die Enttäuschung darüber, dass sie nicht auch Bestandteil des Reiches geworden waren. Am deutlichsten äußerte dies die deutsche Bevölkerung und die lokalen Führer der SdP in Brno und in der Sprachengemeinschaft in Jihlava. Die tschechische Mehrheit tat öffentlich und allseitig ihre Ablehnung kund: Die Deutschen wurden aus Betrieben entlassen, die Gewerbetreibenden

und Landwirte hatten mit dem Warenboykott zu tun. Das Deutsche Reich organisierte für diese Deutschen Hilfe in Form von finanzieller Hilfe und der Vermittlung von Arbeitsstellen, womit der Druck auf Berans Regierung, die sich in einer ausweglosen Situation befand, verstärkt wurde.

Theoretisch konnte man zwar ins Reich übersiedeln, bald zeigte sich jedoch, dass das nazistische Spiel mit der Tschechoslowakei weiterhin mit der Existenz einer deutschen Minderheit rechnete und ein enormes Interesse daran hatte, dass möglichst viele Deutsche auf tschechoslowakischem Gebiet blieben. Die tschechoslowakische Regierung kam den Deutschen und der Berliner Regierung in vielen Bereichen entgegen in der Hoffnung, dass somit die Existenz des Restes des Landes gewährleistet wäre. Es wiederholte sich jedoch die Steigerung der politischen Forderungen und Initiierung von nationalistisch motivierten Pläneleien vor der geplanten Besetzung der Tschechoslowakei.

Worte statt Taten

Die auf eine „Vereinfachung“ des politischen Systems der Tschecho-Slowakei, auf eine Partei der nationalen Einheit und eine Nationale Arbeiterpartei abzielenden politischen Bemühungen führten zu einer ziemlich raschen Verabschiedung von den bisherigen machtpolitischen Strukturen von liberal-demokratischem Gepräge. Eine neue politische Realität, von den Autoren des Buches autoritative Demokratie genannt, die Einschränkung der Macht des Parlaments und politische Entscheidungen in Form von Erlassen, sollten alle politischen Strömungen zum Zweck der Durchführung der „Demokratie der Taten und nicht Worte“ vereinigen.

Viele Politiker und Schriftsteller bemühten sich um die Erhaltung von demokratischen Prinzipien, ein Teil der gesellschaftlichen Eliten versagte jedoch. Auf die neu entstandene Situation reagierte man mit mentalen und politischen Veränderungen, mit der Schwächung der Staatsintegrität und -souveränität, mit unsicheren Garantien der Staatsgrenzen, mit Enttäuschung und Resignation. Das Buch dokumentiert das Ausmaß der Erschütterungen der innenpolitischen und gesellschaftlichen Strukturen des demokratischen Staates.

Die Existenz der Zweiten Republik beschrieb trefflich V. Černý in seinen Memoiren *Křik koruny české* [Geschrei der böhmischen Krone], wo er die fünf Monate Existenz der Zweiten Republik mit der „Fahrt von aufgeregten, auf zerbrochenen Booten dichtgedrängten, ohne Segel und ohne Ziel ins Wasser stürzenden Verbannten“ verglich.

Lukáš Novotný

Die unbequeme Vergangenheit und deutsche Studenten

Empörung in der deutschen breiten Öffentlichkeit provozierte die am 17. Februar 2000 in der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlichte Nachricht mit dem Titel „Viele junge Menschen wissen nichts über Auschwitz“. Es stand darin, dass 21,9% der Deutschen zwischen 14 und 17 Jahren nie vom Holocaust und dem Vernichtungslager Auschwitz gehört haben. Der Zeitungsartikel basierte auf Angaben aus dem Buch von Alphons Silbermann und Manfred Stoffer (erschieden im gleichen Jahr) „Auschwitz: Nie gehört?“ Eine der Fragen des Fragebogens lautete sogar: „Wer oder was war Auschwitz?“ Fünf Jahre vorher publizierte der Evangelische Pressedienst (epd) die Erkenntnisse aus einer Erhebung, wonach von 1342 Schülern 44% nie über die Konferenz in Wannsee gehört und 38% keine Ahnung von den Nürnberger Gesetze hätten. Noch schlechter waren die Ergebnisse der vom Institut Forsa im Jahre 1998 durchgeführten Umfrage. Von 506 14- bis 18-jährigen Schülern kannten nur 13% die Nürnberger Gesetze und 7% die Konferenz in Wannsee. Die Unkenntnis des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau erreichte einen vollen Drittel (31%). Dieser eklatant niedrige Informationsgrad wurde sicherlich durch die mangelhafte Tradierung der Erfahrungen der Generationen über das Leben unter der NS-Diktatur beeinflusst. Die Ergebnisse zeigten, dass es trotz nicht gerade geringen publizistischen und kulturellen Aktivitäten der deutschen Bildungsinstitutionen (vor allem der Bundeszentrale für politische Bildung wie auch der einzelnen Landeszentralen) weiße Flecken gibt, ernsthafte Mängel, was die Kenntnis der grundlegenden historischen Ereignisse im Zweiten Weltkrieg betrifft.

Die neueste auf das historische Denken und Bewusstsein der Studenten über die Zeitepoche des Nationalsozialismus gerichtete Fragebogenerhebung führten Professoren an der Universität in Essen, Klaus Ahlheim und Bardo Heger, durch, und zwar unter den dortigen Studenten im Wintersemester 2000/2001. Den zwölfseitigen Fragebogen füllten insgesamt 2167 von ihnen aus (an der Uni studierten 2000/2001 21 497 Studenten). Frauen bildeten einen Anteil von 57%, 9% waren ausländische Studierenden. Die Ergebnisse beider Dozenten fasst eine dünne Publikation „Die unbequeme Vergangenheit“ [Nepohodná minulost], Schwalbach 2003, zusammen.

Schlussstrich

Aus den Ergebnissen geht unter anderem hervor, dass mehr als ein Drittel findet, dass es an der Zeit sei, einen „Schlussstrich unter der NS-Vergangenheit zu ziehen“ (36%). Dieser Anteil ist im Vergleich zu den bundesdeutschen Erhebungen deutlich niedriger, allerdings – wie auch die Autoren selbst zugeben – ist er trotzdem hoch, wenn wir in Betracht ziehen, dass diese Altersgruppe in einigen Jahren entscheidenden Einfluss auf die öffentliche Meinung haben wird. Nach dem Institut für Demoskopie in Allensbach empfanden dies im Jahre 1995 59% der Deutschen, ohne Altersunterschied (63% in den alten und 41% in neuen Bundesländern) und in der Umfrage der Agentur Emnid waren es im Jahre 1991 46%. Für beide Erhebungen galt: je älter die Befragten, desto stärker die Politik des Schlussstriches. Bei ähnlichen Untersuchungen unter den Studenten wurde nie ein so hoher Anteil erreicht. Zum Beispiel in der Fragebogenuntersuchung unter den Studenten in alten Bundesländern aus dem Jahre 1992 bildete der Anteil 22%.

Im Teil über die Quellen der Informationen über den Nationalsozialismus wurden den Befragten einige grundlegende faktographische Fragen

Tabelle 7: Einstellungen zur NS-Vergangenheit		
Antworten	Stimme zu %	Stimme nicht zu %
Die Deutschen sind zu sehr mit der Vergangenheit beschäftigt – besonders mit dem Dritten Reich – und sehen zuwenig nach vorne, in die Zukunft	35	55
Es ärgert mich, dass man den Deutschen noch heute Verbrechen der Nazis vorwirft	70	30
Ich finde es beschämend, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben	95	5
Die Deutschen haben eine besondere Verantwortung gegenüber den Juden, auch wenn inzwischen die meisten Deutschen keine Schuld an der Judenverfolgung der NS-Zeit trifft	60	42
Mehr Schulen und Strassen sollten nach deutschen Juden benannt werden	34	66
Die NS-Zeit ist inzwischen ein Stück Geschichte wie andere Epochen auch und sollte deshalb im Schulunterricht auch keinen besonderen Stellenwert haben	10	90
Im Dritten Reich war nicht alles so schlecht, wie es heute dargestellt wird	10	90
Das öffentliche Gedenken an Auschwitz und die Judenverfolgung ist meist nicht echt, sondern reine Routine und Pflichtübung	49	51
Quelle: Ahlheim/Heger 2003: 28.		

gestellt, wie zum Beispiel das Datum von Anfang und Ende des Zweiten Weltkriegs. Aus den Ergebnissen geht unter anderem hervor, dass jeder Vierte nie etwas über die Pogrome an den Juden während der Reichskristallnacht gehört hat und fast jeder Dritte nicht genau sagen kann, wann der Zweite Weltkrieg begonnen hat. 8% konnten die ethnischen und sozialen Gruppen, welche von den Nationalsozialisten verfolgt und hingerichtet wurden, nicht bestimmen.

Bemerkenswert sind auch die Ergebnisse der Fragen: Was wurde während der Konferenz in Wannsee geplant und was waren die Nürnberger Gesetze. 9% verwechselten die Nürnberger Gesetze mit den Nürnberger Prozessen und auch die Konferenz in Wannsee wurde mit den Gerichtsprozessen nach dem Kriege verwechselt. Der niedrige Informationsgrad unter den Studenten widerspricht den Meinungen von einigen deutschen Historikern und Soziologen darüber, dass die jetzige Jugend in den Materialien zum Nationalsozialismus erstickt. Besser informiert sind diejenigen Studenten, die sich als Sympathisanten der konservativen Parteien bezeichnen, dagegen weisen ihre Kollegen mit keiner eindeutig bestimmten politischen Richtung die schlechtesten Informationen auf. Allgemein betrachtet disponieren Männer über bessere Kenntnisse als Frauen. Was die Studienfächer betrifft, überwiegt das Interesse an dieser Zeitepoche bei den Studenten der Geschichte und der Medizin, am wenigsten informiert sind Studenten der Sozialwissenschaften und Lehramtstudenten.

Die Autoren der Untersuchung interessierten sich weiter dafür, inwieweit die Kenntnis über den Nationalsozialismus und den Holocaust die Haltungen der Befragten zur Vergangenheitsbewältigung beeinflusst. Unter den Studenten mit guten faktographischen Kenntnissen gab es wesentlich weniger, welche sich für die Schlussstrich-Politik aussprachen, es waren 28%, während es bei ihren Kollegen mit niedrigerem Informationsgrad 48% wünschten. Wie bereits erwähnt, leugnet eine absolute Mehrheit der Studenten aus Essen den Holocaust nicht. 2% von ihnen behaupten, dass es in den Dokumentarfilmen über die Konzentrationslager „viel Übertriebenes“ gibt. Für 14% schenkt man diesen Sendungen im Fernsehen zu viel Sendezeit. Der Informationsgrad spielt hier jedoch

eine wichtigere Rolle als anderswo: je kleiner er ist, desto mehr Zweifel gibt es am Holocaust.

Außergewöhnlich interessant war die Frage nach der Haltung zur kleinen Bereitschaft der Unternehmenssphäre der Bundesrepublik zur finanziellen Unterstützung der Aktivitäten der Stiftungen bezüglich der finanziellen Entschädigung für die Zwangsarbeiter. Die Mehrheit der Befragten hält die Vorgehensweise der Betriebe für problematisch (54%) und skandalös (23%). Hier gilt, dass diejenigen Studenten, die nicht einmal fähig waren, die vom Genozid betroffenen Bevölkerungsgruppen zu charakterisieren, die Zurückhaltung der Betriebe als „verständlich“ (32%) und „völlig richtig“ (6%) betrachteten.

Das Dritte Reich und das nationale Bewusstsein

Eine der Fragen untersuchte die Haltung der Studierenden zu einer Aussage des ehemals bedeutenden deutschen Politikers Franz-Josef Strauss darüber, ob „die Nation, die wirtschaftlich so stark ist, das Recht hat, kein Wort mehr über Auschwitz zu hören.“ Damit identifizieren sich 4% der Studenten. Ganze 70% von ihnen fühlen sich betroffen davon, wie ihnen andere Nationen die Verbrechen der Nazis vorwerfen, 30% empfinden dies nicht. 95% schämen sich für das begangene Unrecht und die Massenermordungen, 5% nicht. 10% stimmten der Aussage zu, „dass im Dritten Reich nicht alles so schlecht war, wie es heute dargestellt wird“, weitere 90% sind dagegen. Aus den Aussagen der Studenten geht hervor, dass sie sich „endlich ein gesundes nationales Bewusstsein wünschen“ (60%). Allgemein betrachtet bezeichneten die Autoren der Untersuchung die Antworten von 29% der Befragten als faktographisch richtig beantwortet (richtige Antworten auf mindestens sechs der insgesamt sieben Fragen). Etwa bei der Hälfte (54%) sind faktographische Defizite zu verzeichnen, 17% haben mangelhafte Kenntnisse. Als bedeutende Erkenntnis der Untersuchung ist die stärkende Tendenz der deutschen Studierenden, für den „Schlussstrich“ zu plädieren, zu bezeichnen. Deutlich ist das Bedürfnis, sich von der Vergangenheit zu befreien, die bis heute die deutsche Gesellschaft „stigmatisiert“.

Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der NATO in den Meinungen der Bürger der mitteleuropäischen Länder

In der Europäischen Union und der Nordatlantischen Allianz gab es in letzten 15 Jahren viele bedeutende Veränderungen. Eine davon, welche die Form beider internationaler Organisationen dauerhaft verändert hat, war die Aufnahme neuer Mitgliedsländer, besonders der postkommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas. In vier dieser Länder, die heute Mitglieder der Europäischen Union und der Nordatlantischen Allianz sind, wurden im März 2005 Menschen befragt, wie sie mit der Mitgliedschaft ihres Landes in den genannten internationalen Organisationen zufrieden sind.

Die Untersuchung zur Haltung der Öffentlichkeit zur Mitgliedschaft ihrer Länder in der EU und der NATO fand unter der Schirmherrschaft der Organisation CEORG statt, die drei Meinungsforschungsinstitute vereinigt – in Tschechien ist es CVVM SOÚ AV ČR (Zentrum für die Erforschung der öffentlichen Meinung des Soziologischen Instituts der Tschechischen Akademie der Wissenschaften), in Polen die Agentur CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej) und in Ungarn TARKI (Társadalomkutatói Intézet és Társadalomkutatói Informatikai Egység). Neben polnischen, ungarischen und tschechischen Bürgern wurden die gleichen Fragen auch Menschen in der Slowakei gestellt. Hier führte die Agentur FOCUS, die ebenfalls mit der Organisation CEORG zusammenarbeitet, die Befragung durch. In allen vier Ländern fand die Umfrage im März 2005 statt, in jedem Land wurden etwa 1000 Leute im Alter über 18 Jahre befragt. Die Untersuchung zeigte eindeutig, dass sich die Haltungen der Bürger zur Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU und NATO beträchtlich unterscheiden.

EU - Beitritt im Vergleich

Das Gebiet der Europäischen Union veränderte sich am 1. Mai 2004 im Zuge der Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten. Konzentrieren wir uns nun darauf, wie ein Jahr nach dem Beitritt die Bürger von vier Ländern mit der Mitgliedschaft zufrieden sind.

In Polen, Ungarn, der Slowakei und Tschechien stimmt eine eindeutige Mehrheit der Menschen der Mitgliedschaft ihres Landes in der EU zu. Der kleinste Anteil der Zufriedenen gibt es dabei bei uns und in Ungarn. Trotzdem erreicht auch hier der Anteil der EU-Befürworter fast drei Viertel. In Polen und der Slowakei sind acht von zehn Bürgern mit dem Beitritt zufrieden. Auch die Prozentzahl der Beitrittsgegner ist bei Tschechien und Ungarn höher (fast ein Viertel) als in Polen und der Slowakei (etwa 15%).

Unterschiede gab es auch in der Bewertung der Mitgliedschaft Polens, Ungarn, der Slowakei und Tschechiens in der NATO. In allen vier Ländern, wo die Untersuchung durchgeführt wurde, äußerte mehr als die Hälfte der befragten Bürger Zustimmung mit ihrer Mitgliedschaft in der NATO.

Tabelle 8: Meinungen zum Beitritt ihres Landes zu der EU (in %)

	Tschechien	Ungarn	Polen	Slowakei
Stimme zu	31	31	43	38
Stimme eher zu	39	41	36	45
Stimme eher nicht zu	17	16	10	11
Stimme nicht zu	6	6	4	4
Weiß nicht	7	6	7	2

Quelle: Erhebung realisiert unter der Schirmherrschaft der Organisation CEORG durch die Agenturen CVVM (ČR), TARKI (Ungarn), CBOS (Polen) und FOCUS (Slowakei) im März 2005. Befragt wurde eine repräsentative Auswahl von Menschen im Alter über 18 Jahre.

Junge Menschen sympathisieren mit NATO

Polen, Ungarn und Tschechien wurden im März 1999 Mitglieder der NATO, die Slowakei erst fünf Jahre später, also im März 2004. Die Zustimmung der Slowaken zu ihrer Mitgliedschaft in der NATO ist von allen vier untersuchten Ländern bei weitem am niedrigsten (54 %). Im Gegensatz dazu äußern die Bürger Polens mit 80% ein hohes Maß der Zustimmung. Die Verteilung der Antworten der Befragten zum Beitritt zu EU und NATO ist bei Polen ähnlich. Dagegen zeigten in den übrigen Ländern die Bürger eher Zustimmung für die EU-Mitgliedschaft als für die NATO. In Tschechien äußerten sechs von zehn Befragten Zustimmung für die NATO, in Ungarn waren es mehr als zwei Drittel der Befragten.

Mit der Mitgliedschaft in EU und NATO sympathisierten öfter junge Menschen von 18 bis 29 Jahren. Was die ökonomische Aktivität anbelangt, so ist die Zustimmung unter den Studenten, den selbstständig erwerbenden Personen und Unternehmern größer. In politischer Hinsicht stimmten der EU- und NATO-Mitgliedschaft öfter

die mit der aktuellen politischen Situation zufriedenen Befragten zu, sowie auch die Menschen mit liberaler Ausrichtung und die Wähler der ODS. Mehr zustimmende Aussagen finden sich bei Männern. Frauen haben gegenüber der Mitgliedschaft unseres Landes in EU und NATO nicht eine negativere Haltung, sie wussten aber die gestellte Frage öfter nicht zu beantworten.

Schauen wir uns nun an, welche Gruppen der tschechischen Bevölkerung mit der Mitgliedschaft in EU und NATO nicht einverstanden sind. Ablehnende Haltungen äußerten in unserer Untersuchung vor allem Befragte im Alter von über 60 Jahren. Negative Beurteilungen ließen auch unqualifizierte Arbeitskräfte verlauten. Was die politische Ausrichtung betrifft, so herrschte Ablehnung gegenüber der Mitgliedschaft in EU und NATO bei den linksorientierten Wählern, besonders bei den Kommunisten. Kritik an der Mitgliedschaft in beiden internationalen Organisationen gibt es öfter bei den mit der jetzigen politischen Situation unzufriedenen Bürger und bei denjenigen, die ihr Lebensniveau als schlecht bezeichneten.

Naděžda Horáková

Tschechisch-Deutsche Zusammenhänge

Bulletin des Projekts „Zivile Dimension der tschechisch-deutschen Beziehungen in der Phase des Beitritts Tschechiens zur Europäischen Union - mit Akzent auf die Grenzgebiete“

Realisiert im Rahmen des Programms der Unterstützung der gezielten Untersuchung und Entwicklung der Akademie der Wissenschaften der ČR (IBS7028301).

Dieses Bulletin erscheint zweimal jährlich und wird kostenlos mit Auflage (deutsch) von 700 Stück vertrieben.

ISSN 1214-7559.

Druck: Jiří Bartoš - SLON, spol. s r. o., Ústí nad Labem.

Herausgeber: Sociologický ústav Akademie věd České republiky.

Kontakt: Sociologický ústav AV ČR,

Forschungsstelle České pohraničí, Strážnické nivy 2, 400 11 Ústí nad Labem

e-mail: ul.socmail@soc.cas.cz

Ergebnisse der Untersuchung und weitere Informationen erhält man unter folgender Internetadresse:

<http://www.borderland.cz>